

## Rede Gerd Will

Plenum 16. Dezember 2009

### Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2010 – Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Land mitten in den Auswirkungen der Krise: Schifffahrt und Schiffbau am Boden, unausgelastete Logistikunternehmen, Kurzarbeit in vielen Betrieben. Das Handwerk, Herr Bley, klagt über zu geringe Aufträge, weil sich Teile der Wirtschaft bei Investitionen zurückhalten. Die Konjunkturpakete allein reichen eben nicht aus, um die Kapazitäten genügend auszulasten. Was tut die Landesregierung? - Sie leistet sich innerhalb von zehn Monaten drei Wirtschaftsminister und zwei Staatssekretäre. Ich verstehe ja, dass das wehtut. Herr Rolfes, regen Sie sich nicht so auf! Das ist schlecht für die Gesundheit. Übung macht bekanntlich den Meister, aber in Zeiten der Krise haben wir nicht die Zeit zum Üben, Herr Wulff. Kontinuität wäre angesagt, nicht aber ständiger Wechsel. Letzterer ist schädlich für das Ministerium selbst, seine Schlagkraft, aber vor allem für die Wirtschaft, die Partner und die Erwartungen der Menschen in Niedersachsen. Auszubildende hatten wir inzwischen genug. Schonfristen angesichts der großen Herausforderungen für die niedersächsische Wirtschaftspolitik gibt es nicht. Nun zu einigen wichtigen Schwerpunkten.

Im Rückblick auf das Haushaltsplenum des Vorjahres muss man Folgendes feststellen: Damals war die Wirtschaftskrise noch kein Thema für die Landesregierung. Sie haben die Finanzmarktkrise mit ihren Auswirkungen wegdiskutiert. Am 8. Dezember 2008 hat Herr McAllister hier stolz eine Liste mit Siegesmeldungen über Erfolge von nieder-sächsischen Unternehmen vorgestellt. An den Erfolgen dieser Unternehmen waren Sie nicht beteiligt, Herr McAllister. Ihre damalige Äußerung „Wir lassen nicht zu, dass Sie dieses Land und die tragende Wirtschaft kaputt reden“ belegt, wie blauäugig Sie seinerzeit noch gewesen sind und noch zwei Monate nach der Lehman-Pleite durch die Welt gegangen sind. Seit vorgestern haben aber auch Sie, Herr McAllister, die Krise entdeckt, was als Alibi für eigene Untätigkeit und Ihre hausgemachten Fehler ja wohl auch ganz zweckmäßig ist. Sie haben wertvolle Zeit verstreichen lassen, statt sich ernsthaft mit einem Niedersachsen-Plan zu befassen. Erst haben Sie unseren Plan an die Ministerien ausgegeben, um eine angemessene Form für einen eigenen Antrag zu finden. Inzwischen haben Sie entnervt aufgegeben. Die Aufgabe war wohl zu umfassend, zu komplex und zu anspruchsvoll.

Meine Damen und Herren, genau ein solcher Plan ist aber wegen Ihrer kurzsichtigen Handwerkerlei notwendig. Niedersachsen und seine Akteure brauchen eine langfristige Perspektive in allen Wirtschaftsbereichen. Wir brauchen endlich eine umfassende Mittelstandsförderung, einen Masterplan Gesundheitswirtschaft Niedersachsen und eine Innovationspolitik, die insbesondere bei kleinen und mittelständischen Unternehmen ansetzt. Dazu gehört auch der gezielte Ausbau der Mobilität in Niedersachsen. Weitere Kürzungen im Verkehrsetat wie in der Vergangenheit darf es nicht geben. Sie haben die niedersächsische Wirtschaft übrigens vollmundig aufgefordert, Anträge im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung zu stellen. Von der Landesregierung waren erhöhte Förderquoten in Aussicht gestellt worden. Mit der zu verzeichnenden Antragsflut hatten Sie allerdings nicht gerechnet. Jetzt liegen viele Anträge bei der NBank, weil Ihr Förderprogramm hoffnungslos überzeichnet ist. Die antragstellenden Unternehmen erwarten zu Recht die Beibehaltung der bisherigen Förderkriterien. Sie vertrauen darauf. Entscheiden Sie zügig, Herr Minister!

Meine Damen und Herren, die Gründung der NBank war eine richtige und notwendige Entscheidung. Unsere Landesbank, die NORD/LB, steht relativ stabil in der Krise und kommt ihrer Verpflichtung nach, die mittelständische Wirtschaft mit Krediten zu versorgen. Die wirklich katastrophalen Entwicklungen anderer Landesbanken im Norden, im Westen und ganz im Süden lassen mich bei der Bewertung der Landesbank aber sehr vorsichtig sein. Eines steht aber fest: Auch

für die NORD/LB steht eine Redimensionierung an. Das heißt, auch hier werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Der Ministerpräsident hat sich wiederholt zu möglichen Zusammenschlüssen geäußert. Die Landesregierung ist also in der Pflicht, an der Zukunft der Landesbank zu arbeiten. Wir sind uns, wie ich denke, alle einig, dass die Landschaft der Landesbanken in wenigen Jahren nicht wiederzuerkennen sein wird.

Meine Damen und Herren, für Niedersachsen als Logistikland Nummer eins haben Sie für die Hafenhinterlandanbindung bisher nicht genügend getan. Auch Ihr Vorgehen bei den NE-Bahnen ist halbherzig und wenig konsequent. Das Trauerspiel beim Zustand der Landesstraßen - 90 % sind inzwischen geschädigt, und einige sind mittlerweile sogar fast nicht mehr befahrbar - hat jetzt selbst bei Ihnen ein schlechtes Gewissen erzeugt. Die Regierungsfractionen fordern nun selbst von der eigenen Landesregierung mehr Geld. Warten wir aber einmal ab. Spätestens dann, wenn Herr Möllring wie in der Vergangenheit Haushaltsbewirtschaftung verordnet, wird der Verkehrshaushalt wieder zu seinem Steinbruch. Unverschämt ist allerdings, wenn der Landesrechnungshof der Regierung bereits im Jahr 2005 ins Stammbuch schreibt, sie lasse die Landesstraßen verkommen, und die Regierung noch im Jahr 2008 über 3 Millionen Euro aus dem Straßenbauplafond zur Stopfung von Haushaltslöchern missbraucht. Meine Fraktion hat eine Erhöhung des Ansatzes für den Landesstraßenbau und den Bau von Radwegen um 35 Millionen Euro beantragt. Gleichzeitig haben wir beantragt, eine VE in Höhe von 70 Millionen Euro für die Jahre 2011 und 2012 auszubringen, um den jahrelangen Sanierungsstau aufzuarbeiten und das Vermögen Landesstraße somit zu erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch bei der wichtigsten Stütze des ÖPNV, bei den Mitteln für die Schülerbeförderung, sollte ja gekürzt werden. Den Schnellschuss einer Kürzung der § 45a-Mittel konnten wir gerade noch abwenden. Die vom Innenminister ebenfalls geplante Verlagerung der Mittelauszahlung auf die Landkreise und Regionen wäre der falsche Weg gewesen. Das ist bei der Landesnahverkehrsgesellschaft schon richtig angesiedelt. Das Hin und Her bei der Y-Trasse ist überflüssig und schädlich. Fangen Sie mit der Realisierung endlich an, wenn die Züge Ende des Jahrzehnts wirklich fahren sollen! Bisher leben Sie gewissermaßen von Ihren Ankündigungen und feiern schon das Beidrehen von Herrn Schäuble als Erfolg. Es ist entlarvend: Kaum wechselt die Bundesregierung, und schon wackelt ein wichtiges Verkehrsprojekt. Wo? - Natürlich im Norden, nicht in Bayern, dort wäre das nie passiert.

Meine Damen und Herren, auch beim Betreibervertrag über den JadeWeserPort hatten Sie kein glückliches Händchen. Es wäre Aufgabe des Landes gewesen, die niedersächsischen Interessen wirklich abzusichern und sich vom Betreiber nicht auf der Nase herumtanzen zu lassen. Wir erwarten die pünktliche Inbetriebnahme des JadeWeser-Ports und eine vorausschauende Planung für den nächsten Bauabschnitt. Sie werden aber wohl erst wach, wenn die Wirtschaft wieder massiv die Erweiterung fordert. Inzwischen verlieren wir kostbare Planungszeit.

Meine Damen und Herren, ich zitiere aus dem Protokoll der 23. Plenarsitzung vom 9. Dezember 2008: „Es hat noch nie so schlechte Prognosen bei einer so guten Ausgangslage gegeben. Man kann auch sagen: Die Lage ist gut, die Stimmung ist schlecht. In diesem komplexen Spannungsfeld bewegen wir uns derzeit.“ Es war der Finanzminister dieses Landes, der das sagte. Herr Möllring, damals galt noch das Prinzip Hoffnung, im Zweifel gute Stimmung zu verbreiten und den Haushalt über die Runden zu retten, obwohl Sie längst wussten, dass Ihre Wahlversprechen auf keinen Fall eingehalten werden können. Was haben Sie in der Zwischenzeit getan, um der niedersächsischen Wirtschaft wirksam zu helfen und sie zu unterstützen, weiter zu planen und sich rechtzeitig auf den Aufschwung vorzubereiten? - Wenig! Wir haben allerdings die Umsetzung des Konjunkturpakets II, das kommunale Konjunkturpaket für Niedersachsen, hier unterstützt, damit es schnell wirksam wird und die Konjunktur mit stützt. Die Investitionen - in erster Linie die des Bundes - in den Kommunen, für die energetische Gebäudesanierung, im Bildungsbereich, in die Sportstätten, die Hochschulen und die Kitas, um dort endlich die Schlusslaterne abgeben zu können, waren notwendig, aber sie allein sind nicht ausreichend. Ohne das auf Soforthilfe angelegte Konjunkturprogramm wäre die

Investitionsquote weiterhin historisch niedrig. Wegen der zurückhaltenden Investitionsbereitschaft der Privaten ist und bleibt sie aber auch in den nächsten Jahren unverantwortlich niedrig.

Meine Damen und Herren, noch katastrophaler ist die Investitionstätigkeit des Landes selbst. Das Land Niedersachsen ist auch Nachfrager. Es stimuliert die Wirtschaft mit eigenen Aufträgen. Wer aber plant, die Investitionsquote bis 2013 auf sage und schreibe 5,7 % abzusenken und damit einen neuen deutschen Negativrekord aufzustellen, wird seiner Verpflichtung nicht gerecht. Gleichzeitig halten Sie die Kürzung der Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich aufrecht. Sie haben den Kommunen seit 2005 666 Millionen Euro an Mitteln für Investitionen entzogen. Das sind 666 Millionen Euro, Herr Bley, die in den Auftragsbüchern des Handwerks und der Bauunternehmen vor Ort fehlen. Bereits im Mai haben wir mit unserem Antrag „Mit Europa-Millionen gegen die Krise“ auf ein mögliches Beschleunigungsprogramm für Strukturhilfen bis 2013 gesetzt. Wir haben eine zügige Abwicklung der Mittel aus der Förderperiode bis 2007 gefordert. Wir wollen ein Beschleunigungsprogramm für den Einsatz der Mittel aus der Förderperiode 2007 bis 2013 nach dem Grundsatz „Mit Europa-Millionen gegen die Krise“. Selbst die Europäische Kommission hat von den EU-Ländern ein 200-Milliarden-Euro-Programm gegen die Krise gefordert.

Meine Damen und Herren, das wichtigste Thema Innovationsförderung findet bei Ihnen im Wesentlichen nur in bundesweiten Zeitungsanzeigen statt. Schon bei den Beratungen zu einem zweiten Konjunkturpaket hat die Vereinigung der Handwerkskammern Niedersachsen das Innovationsförderprogramm Handwerk scharf kritisiert. Sie schrieb: „Die Mittelbereitstellung ist seit 2003 sehr unsicher und unzureichend.“

Meine Damen und Herren, Herr Hoppenbrock, zum Arbeitsmarkt: Beim gesetzlichen Mindestlohn sagen Sie Nein. Schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse tolerieren Sie nach dem Motto „Arbeit um jeden Preis“. Eine Weiterentwicklung der Altersteilzeit verweigern Sie trotz der Zusage des Ministerpräsidenten vor der Wahl. Eine Studie der Universität Göttingen belegt, dass sich schon jeder fünfte Niedersachse in prekären Beschäftigungsverhältnissen befindet und deutlich unter 10 Euro pro Stunde verdient. Von Mindestlöhnen in Höhe von 7,50 Euro würden bundesweit 5 Millionen Beschäftigte profitieren. Dies würde zu Einsparungen im Bereich Hartz IV von 3 Milliarden Euro und zu 7,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen bei den Sozialversicherungen führen. Das wäre der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, Sie haben aber kein Konzept für gute Arbeit bei gutem Lohn. Die Zukunft der Arbeit ist bei Ihnen in denkbar schlechten Händen. Sie haben auch immer noch kein Konzept zur Beseitigung des drohenden Facharbeitermangels entwickelt. Wie wollen Sie eigentlich im Ausbildungsmarkt agieren, wenn die Berufsanfängerzahlen weiter sinken? Auch hier nur kurzfristiges Agieren von Jahr zu Jahr.

Meine Damen und Herren, die Ergebniszahlen im Tourismus für Niedersachsen haben sich in einigen Bereichen zwar wieder gebessert, sie stehen zum Teil aber im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise. Das Reiseverhalten hat sich geändert, und die Menschen machen wieder verstärkt Urlaub im Inland. Diese Entwicklung muss jedoch nicht nachhaltig Bestand haben. Jetzt müssen Zukunftskonzepte erstellt werden und verstärkte Investitionen in den Tourismusschwerpunkten Niedersachsens erfolgen, gerade auch in größere Hotelprojekte. Erst nach Überwindung der Wirtschaftskrise wird die Attraktivität niedersächsischer Urlaubsstandorte wirklich erkennbar sein. Deshalb gilt es jetzt zu handeln.

Meine Damen und Herren, zu den Zukunftsaussichten: Die Krise ist noch nicht überwunden; darüber sind wir uns alle einig. Erstens. Die Bewährungsprobe für den Arbeitsmarkt in Niedersachsen steht uns noch bevor. Zweitens. Die Finanzierung des Aufschwungs muss mit den Banken und mit

den Instrumenten des Landes sichergestellt werden. Das Drei-Säulen-Modell im deutschen Kreditgewerbe hat sich gerade in der Krise bewährt und muss beibehalten werden.

Drittens. Innovation muss auch in der Krise verstärkt vorangetrieben werden. Die Mittel zur Innovationsförderung müssen erhöht werden. Verbünde, Cluster und Kompetenzzentren müssen vom Land initiiert und gefördert werden. Dies ist von überragender Bedeutung und gleichzeitig nicht kostenintensiv, sondern mit relativ geringen Mitteln zu erreichen.

Viertens. Gemeinsame Initiativen der norddeutschen Küstenländer für die Häfen, die Reeder und das Hinterland sind wichtiger denn je. Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt unterscheiden nicht nach Bundesländern. Der Norden muss seine Interessen gemeinsam vertreten und abgestimmt handeln.

Fünftens. Kämpfen Sie endlich gegen Lohndumping und prekäre Beschäftigungsverhältnisse! Setzen Sie sich für einen gesetzlichen Mindestlohn ein! Es lohnt sich.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.